

LANDMINEN

FAKTENBLATT

Landminen verstoßen gegen das Humanitäre Völkerrecht, da sie nicht zwischen militärischen Zielen und der Zivilbevölkerung unterscheiden.

Minen und ihre Opfer

- **Ein Großteil der Opfer von Landminen stammen aus der Zivilbevölkerung.** 2015 lag ihr Anteil bei 78%.
- Weltweit gibt es **hunderttausende Überlebende** von Unfällen mit Landminen, Streumunition und anderen explosiven Kriegsresten. Allein 31 der Mitgliedsstaaten des Vertrages berichten von **226.000 bis zu 358.000 Überlebenden**.
- Bis 2000 galt die allgemeine Schätzung von jährlich bis zu 26.000 Opfern von Landminen. Im Gegensatz dazu sind die Opferzahlen deutlich zurückgegangen, steigen aber seit 2015 wieder an. 2015 gab es 6.461 Opfer. Davon waren 38% Kinder. Das sind 18 Opfer am Tag im Vergleich zu 10 in 2014.
- **Weltweit gibt es immer noch enorme Vorräte an Landminen.** Bis 2013 ging man noch davon aus, dass 33 der Nichtunterzeichnerstaaten des Ottawa-Vertrages zusammen über 160 Mio. Landminen lagerten. Allerdings haben die USA und China angekündigt ihre Lagerbestände zu prüfen, so dass der globale Bestand in 2016 bei 50 Mio. liegen könnte. Insgesamt wurden bisher 51 Mio. Anti-Personen-Minen zerstört, davon in 2015 mehr als 2.1 Mio. Vier Mitgliedsstaaten (Ukraine, Weißrussland, Griechenland und Oman) besitzen noch mehr als 7 Mio. und haben die Deadline zur Zerstörung bereits verpasst.

Die Länder

- 2015 leiden 64 **Staaten und Gebiete** nachweislich unter der Bedrohung durch Anti-Personen-Minen.
- Seit 1997 sind dem Minenverbots-Vertrag **162 Staaten** beigetreten. Die Marshall Islands unterzeichneten, müssen aber noch ratifizieren. Von **34 Staaten fehlen die Unterschriften**, darunter auch von Großmächten wie Russland, China und den USA.
- Seit 2009 wurden im Vertragsstaat Jemen (2011) nachweislich Anti-Personen-Minen eingesetzt, fünf weitere Vertragsstaaten (Südsudan, Sudan, Türkei, Kambodscha/Thailand) werden beschuldigt, **Minen verwendet zu haben**. 2015 setzten die Nicht-Unterzeichner-Staaten **Syrien, Myanmar und Nord-Korea** Anti-Personen-Minen ein, außerdem nichtstaatliche Akteure in 10 Ländern.
- **11 Länder werden im Landmine Monitor immer noch als Produzenten von Anti-Personen-Minen genannt.** (1999 waren es etwa 50). Zu den aktiven Produzenten zählen wahrscheinlich Indien, Myanmar, Pakistan und Südkorea.

Die globalen Mittel für Minenaktionsprogramme erreichten im Jahr 2015 insgesamt 471.3 Millionen Dollar, verglichen mit 361 Millionen Dollar im Jahr 2014. Das ist der niedrigste Betrag seit 2005. In den vergangenen fünf Jahren wurden rund 960km² Land durch Räumung oder Gutachten freigegeben. Im Jahr 2015 wurden 171 km² verminder Gebiete durch Räumung freigegeben. Bis November 2015 hatten 29 Staaten ihre Entminungsarbeiten abgeschlossen.

Wirkung

Landminen werden direkt unter der Erdoberfläche verlegt oder in der Vegetation verborgen und werden meist unabsichtlich durch die Berührung eines Menschen ausgelöst, der durch die Explosion in den meisten Fällen getötet oder schwer verletzt wird. Menschen, die einen Minenunfall mit schweren Verletzungen überleben, sind meist ihr Leben lang auf Hilfe angewiesen.

Landminen werden in zwei Gruppen unterteilt: Anti-Personen-Minen, die direkt gegen Menschen gerichtet sind, und Anti-Fahrzeug-Minen, die sich gegen Fahrzeuge richten. Minen, die der Konstruktion nach gegen Personen gerichtet sind, sind durch den Vertrag von Ottawa verboten. Minen, die nicht gegen Personen sondern gegen Fahrzeuge gerichtet sind, fallen nicht unter das Verbot. Dennoch treffen sie oft auch unschuldige Zivilisten z.B. in Fahrzeugen.

Durch Landminen ist vor allem die Zivilbevölkerung betroffen – besonders nach Ende eines bewaffneten Konflikts, oft noch Jahrzehnte lang.

Die meisten Unfälle von Menschen ereignen sich im Rahmen des alltäglichen Lebens, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Staaten und Gebiete, die 2015 von Landminen betroffen waren

Nach Stand Oktober 2016 sind 64 Staaten und Gebiete (kursiv) noch von Minenkontaminiert.: *Afghanistan*, Ägypten, *Algerien*, *Albanien*, *Angola*, Argentinien (Falkland Inseln) Armenien, Aserbaidschan, *Bosnien-Herzegowina*, *Chile*, China, *Demokratische Republik Kongo*, Ekuador, *Elfenbeinküste*, Eritrea, Georgien, *Guinea-Bissau*, Indien, *Irak*, Iran, Israel, *Jemen*, Jordanien, *Kambodscha*, *Kenia*, Kirgistan, *Kolumbien**Kosovo*, *Kroatien*, Kuba, *Kuwait*, Laos, Libanon, Libyen, *Mali*, Marokko, Mauretanien, *Mosambik*, Myanmar, *Nagomo-Karabakh*, *Namibia*, *Niger*, Nigeria, Nordkorea, Pakistan, Palästina, *Peru*, *Russland*, , *Senegal*, *Serbien*, *Simbabwe*, *Somalia*, *Somaliland*, Südkorea, *Südsudan*, *Sudan*, Sri Lanka, Syrien, *Tadschikistan*, *Thailand*, *Tschad*, *Türkei*, , *Ukraine*, Usbekistan, Vietnam, *Westsahara*, United Kingdom (Falkland Inseln), Zypern

Kursiv: Territorien

Unterstrichen: Vertragsstaaten des Ottawa-Vertrags

Der Kontamination verdächtig: Kamerun, Djibouti, Moldova, Namibia, Philippinen, Tunesien.

Einsatz

Die genaue Zahl verlegter Minen kennt niemand. Vor dem Verbot von Anti-Personen-Minen schätzten die Vereinten Nationen, dass ca. 110 Millionen Landminen in über 70 Ländern dieser Welt verlegt wurden. Das US-Außenministerium schätzte dagegen die Zahl auf 70 Millionen.

Jemen hat als erster Vertragspartner seit Inkrafttreten des Minenverbotsvertrages nachweislich Anti-Personen-Minen eingesetzt. Dem Südsudan, dem Sudan, der Türkei und Kambodscha/Thailand wird vorgeworfen, Anti-Personen-Minen eingesetzt zu haben.

In 2015 haben ausschließlich Regierungstruppen in Myanmar, Nordkorea, und Syrien – alles keine Mitgliedsstaaten des Minenverbotsvertrages – Anti-Personen-Minen eingesetzt.

Im Berichtszeitraum Oktober 2015 bis Oktober 2016 haben in zehn Ländern nicht-staatliche bewaffnete Gruppen Anti-Personen-Minen eingesetzt: in Afghanistan, dem Irak, Libyen, Kolumbien, Nigeria, Myanmar, Pakistan, Syrien, dem Jemen und der Ukraine.

Produzenten von Anti-Personen-Minen

Von vier Staaten wird 2015 noch vermutet, dass dort aktiv Anti-Personen-Minen produziert werden: Indien, Myanmar, Pakistan, Südkorea. Sieben weitere Länder behalten sich das Recht vor, Anti-Personen-Minen zu produzieren: China, Kuba, Iran, Nordkorea, Russland, Singapur und Vietnam. Im Juni und September 2014 kündigte die US-Regierung an, dass es in den USA keine weitere Beschaffung und Produktion von Anti-Personen-Minen mehr geben soll.

Mit Ausnahme von China, Russland, den Vereinigten Staaten und den oben genannten aktuellen Produktionsländern sind die ehemals größten Produzenten und Exporteure inzwischen Vertragsstaaten des Landminenverbotsvertrages.

Anti-Fahrzeug-Minen sind noch nicht verboten. Von einer aktiven Produktion deutscher Firmen ist uns momentan nichts bekannt (siehe auch „Deutschland und Landminen“).

Handel mit Anti-Personen-Minen

Seit Mitte der 1990er Jahre besteht eine de facto Ächtung des Handels mit Anti-Personen-Minen. Diese Ächtung ist auf die Landminenverbotsbewegung und das Stigma, das mit dieser Waffe verbunden ist, zurückzuführen.

Während des vergangenen Jahrzehnts fand globaler Handel mit Anti-Personen-Minen lediglich im Rahmen von illegaler und inoffizieller Weitergabe statt. Während des in diesem Bericht behandelten Zeitraums, wurde nur eine geringe Zahl derartiger Fälle von Anti-Personen-Minen-Handel gemeldet. Das plötzliche Erscheinen von Minen im Sudan, im Jemen und in der Ukraine lässt vermuten, dass dennoch ein Markt in irgendeiner Form existiert. Vermutlich stammen die Minen im Jemen aus Somalia; die sudanesischen Minen trugen Inschriften in Farsi, der Iran hingegen versichert, den Export von Minen eingestellt zu haben.

Lagerung und Zerstörung von Anti-Personen-Minen

Lagerung

Weltweit gibt es immer noch enorme Vorräte an Landminen. Bis 2013 ging man noch davon aus, dass 33 der Nichtunterzeichnerstaaten des Ottawa-Vertrages zusammen über 160 Mio. Landminen lagerten. Allerdings haben die USA und China angekündigt ihre Lagerbestände zu prüfen, so dass der globale Bestand in 2016 bei 50 Mio. liegen könnte. Vier Mitgliedsstaaten (Ukraine, Weißrussland, Griechenland und Oman) besitzen noch mehr als 7 Mio. Anti-Personen-Minen und haben die Deadline zur Zerstörung bereits verpasst. Oman hat eine Verlängerung der Deadline bekommen. Insgesamt 45 Mio. liegen nach Angabe des Rear Adm. John Kirby, department of defence in Russland (26.5 Mio.), Pakistan (6 Mio.), Indien (4-5 Mio.), China (5 Mio.) und USA (3 Mio.).

Zerstörung

Der Ottawa-Vertrag verpflichtet die Unterzeichner-Staaten zur Vernichtung aller Lagerbestände, die sich im Besitz der jeweiligen Staaten befinden. Insgesamt wurden bisher von 89 Mitgliedsstaaten 51 Mio. gelagerte Anti-Personen – Minen zerstört, davon in 2015 mehr als 2.1 Mio. Somalia hat bisher noch keine vernichteten Anti-Personen-Minen gemeldet. Die Frist endete am 1. Oktober 2016 und bis Stand November 2016 wurde die Zerstörung noch nicht umgesetzt. Finnland hat am 18. August 2015 mit der Vernichtung von 1 Mio. Anti-Personen-Minen seine Frist eingehalten. Auch Polen hat im November 2016 bekannt gegeben, dass sie bereits die Zerstörung frühzeitig abschließen konnten. Oman hat 2015 mit der Zerstörung begonnen und hat eine Verlängerung bis 1. Februar 2019. Guinea-Bissau hingegen muss noch eine geringe Anzahl an Anti-Personen-Minen vernichten, die erst nach Ablauf ihrer Frist entdeckt wurden.

Kontamination und Räumung von Anti-Personen-Minen

Kontamination

64 Staaten und Gebiete sind von Landminen kontaminiert nach Stand Oktober 2016. Davon sind 36 Mitgliedsstaaten und 24 keine Mitgliedsstaaten und vier andere Gebiete. Das ist eine Zunahme vom Stand 2015 mit 61 Staaten und Gebiete. Der Zuwachs lässt sich durch neue Einsätze von Anti-Personen-Minen, inklusive improvisierte Minen, in Nigeria und durch die neuen Datenerhebungen zu Kontamination in Palau und Mosambik erklären. Eine massive Kontamination (mehr als 100 m² im Land) vermutet man in Afghanistan, Angola, Azerbaijan, Bosnien und Herzegowina, Kambodscha, Chad, Kroatien, Irak, Thailand, Türkei, und im Gebiet von Western Sahara.

Räumung

Ungefähr 171 km² Land wurden 2015 von Minen geräumt, das sind weniger als die in 2014 geschätzten 201 km². In 2015 wurden ca. 158.000 Anti-Personen-Minen und etwa 14.000 Anti-Fahrzeug-Minen zerstört. Die größten Gebiete, die zusammen rund 70 % ausmachen liegen in Afghanistan, Kambodscha und Kroatien.

Die Ukraine hat gegen Art. 5 des Vertrags verstoßen, da sie die Deadline der Räumung am 1 Juni 2016 versäumt hat. Fünf Mitgliedsstaaten Zypern, Äthiopien, Mauretanien, Nigeria und Senegal haben eine Verlängerung gewährt bekommen. Nur vier Staaten scheinen die Deadline einhalten zu können: Algerien, Chile, Demokratische Republik Kongo und Ecuador.

Opfer von Anti-Personen-Minen und explosiven Kriegsüberresten

2015 verzeichnete Der Monitor 6.461 Opfer von Minen/ERM, wovon mindestens 1.672 Menschen getötet wurden. Das ist ein Anstieg von 75 % im Vergleich mit 2014. Der hohe Anstieg ist hauptsächlich auf die bewaffneten

Konflikte in Libyen, Syrien, Ukraine und Jemen zurückzuführen. Außerdem stehen in diesem Jahr auch mehr Daten zur Verfügung. Die totale Anzahl an Opfern ist die höchste seit 2006. Auch die Anzahl der Opfer durch improvisierte Minen ist die bisher höchste. Die größte Anzahl an Opfer gab es, wie auch in 2014, in Afghanistan mit 1.301 .

Opfer wurden 2015 in 56 Staaten und 5 anderen Gebieten identifiziert. Davon sind 37 Staaten Mitglieder des Minenverbotsvertrags.

Von den 6.461 verzeichneten Opfern waren (so weit Status, Geschlecht und Alter bekannt waren)

- 78% Zivilisten
- 38% davon Kinder
- 14 % der gesamten Opfer waren Mädchen und Frauen

Opferversorgung

Die meisten Mitgliedsstaaten des Landminenverbots leiden an einem Mangel an Ressourcen, um die Verpflichtungen des Maputo Action Plan 2014-2019 zu erfüllen, der bei der letzten Überprüfungskonferenz des Verbotsvertrags in Mosambik verabschiedet wurde. Einige Erkenntnisse zu den 31 Mitgliedsstaaten mit einer beträchtlichen Anzahl an Opfern:

- In den meisten Mitgliedsstaaten wurden Umfragen zu einem besseren Verständnis der Bedarfe der Opfer durchgeführt
- Ungefähr zwei Drittel der Mitglieder haben aktive Koordinationsmechanismen oder relevante Pläne auf nationaler Ebene, um die Versorgung der Opfer zu verbessern. Allerdings sind die Pläne in Burundi, Kroatien, Senegal und Uganda in 2015 abgelaufen, ohne erneuert zu werden. Handlungspläne in Afghanistan und Sudan wurden seit 2011 nicht erneuert.
- In den meisten Mitgliedsstaaten ist die Unterstützung der Opfer in den Behindertenrechten und Entwicklungsleistungen eingeschlossen. Leider hat dies nicht zur Mobilisierung von Finanzmitteln und Ressourcen zur Umsetzung der staatlichen Verpflichtungen beigetragen.
- Die Teilhabe von Opfern, besonders in Entscheidungsprozessen, muss in den meisten Ländern noch besser unterstützt werden.



ANTI-PERSONEN-MINEN DER WEG ZUR OTTAWA-KONVENTION

Die Internationale Kampagne für ein Verbot von Landminen (ICBL)

Gründung:

- 1992 wurde die *International Campaign to Ban Landmines* (ICBL) durch einen Zusammenschluss von sechs nichtstaatlichen Organisationen gegründet (Handicap International, Human Rights Watch, medico international, Mines Advisory Group, Physicians for Human Rights, Vietnam Veterans of America Foundation)

- Inzwischen besteht die ICBL aus einem Netzwerk von 1200 nichtstaatlichen Mitgliederorganisationen
- Der Dachverband der ICBL hat seinen Sitz in Genf

Kampagne:

- Ziel der Kampagne ist ein internationales Verbot von Einsatz, Produktion, Lagerung und Verkauf von Anti-Personen-Minen
- Außerdem fordert die Kampagne einen verstärkten internationalen Einsatz für humanitäre Minenräumung und Hilfe für Minenopfer
- Die ICBL brachte den Minenverbots-Vertrag, der als Ottawa-Konvention bekannt geworden ist, auf den Weg

Die Ottawa-Konvention

Fakten

- Im Dezember 1997 von 123 Staaten unterschrieben
- Im März 1999 in Kraft getreten
- November 2016: 163 Staaten haben unterschrieben, 162 ratifiziert, 35 Staaten immer noch nicht unterzeichnet, z.B. USA, Russland, China, Israel, Indien und, Pakistan.

Erfolge

- Rückgang des Mineneinsatzes auch über die Vertragsstaaten hinaus: 1999 von 15 Ländern, 2012/13 nur noch von 2 Ländern.
- Rückgang der Anzahl neuer Minenopfer, hauptsächlich in Kambodscha, Kroatien und Kosovo, dank Minenräumung und Minenaufklärungskampagnen.
- Produktionsrückgang bei Anti-Personen-Minen: nur noch 11 Länder gelten als Produzenten von Minen, vor dem Ottawa-Vertrag waren es noch 55 Herstellerländer. 4 davon sind aktiv, bei den anderen ist keine aktuelle Produktion bekannt.
- 88 Vertragsstaaten haben offiziell die Vernichtung ihrer gelagerten Bestände verkündet, insgesamt wurden so mehr als 48 Millionen gelagerte Anti-Personen-Minen zerstört.
- Auch einige nichtstaatliche Gruppierungen erklärten sich bereit, auf Minen zu verzichten
- Kaum noch legaler Handel zu verzeichnen

Schwächen

- Nur Anti-Personen-Minen sind verboten. Anti-Fahrzeug-Minen dürfen weiter produziert werden. Diese können aber auch von zivilen Fahrzeugen und z. T. auch von direkt von Personen ausgelöst werden.
- Wichtige Staaten wie China, Russland, USA, Pakistan, Indien, Israel haben noch nicht unterschrieben
- In den letzten 10 Jahren machte die Opferhilfe am wenigsten Fortschritte, im Vergleich mit anderen Bereichen so genannter „Minenaktionen“. Immer noch herrscht ein kontinuierlicher Mangel an Unterstützung und ökonomischer Integration der Überlebenden aus Minenunfällen, die mit Behinderungen weiter leben müssen.

Deutschland und Landminen

Deutschland hat das Ottawa-Abkommen ratifiziert, Anti-Personen-Minen sind verboten und wurden bereits in den 90er-Jahren vernichtet.

2005 hat das Bundesministerium der Verteidigung erklärt, die Bundeswehr-Bestände an Anti-Fahrzeug-Minen bis 2015 zu halbieren.

Dazu stellte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage 2014 fest:

„Anti-Fahrzeug-Minen, das heißt, nicht gegen Personen gerichtete Minen werden zwar durch die Ottawa-Konvention nicht erfasst, unterliegen aber den sich aus dem geänderten Protokoll II zum VN-Waffenübereinkommen für Minen ergebenden Verboten und Beschränkungen. Zur Verringerung der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch Anti-Fahrzeug-Minen wurde das Thema auf deutsche Initiative wiederholt im Rahmen des VN-Waffenübereinkommens behandelt. Bislang blieb dieses Bemühen ohne konkretes Ergebnis, da ein notwendiger Konsens zu Regelungen in diesem Bereich bislang nicht möglich war. (...)“

„Nach Kenntnis der Bundesregierung produziert aktuell kein Unternehmen in Deutschland Landminen. Über die Produktion von Landminen im Ausland von in Deutschland ansässigen oder tätigen Unternehmen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor, die über allgemein zugängliche Informationen hinausgehen.“ (Antwort der Bundesregierung)

Deutschland unterstützte in den vergangenen Jahren Projekte zur sog. „Minenaktion“ (Räumung von Minen und Blindgängern, Aufklärung und Opferhilfe) mit jeweils ca. 16 bis 20 Mio. Euro und gehört damit zu den größten Unterstützern von Minenaktionsprogrammen.

**DER OTTAWA-VERTRAG
(NICHT-)UNTERZEICHNERSTAATEN
AKTUELLER STATUS**

163 Unterzeichnerstaaten (Stand November 2016)

Afghanistan, Albanien, Algerien, Andorra, Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Argentinien, Äthiopien, Australien, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Brunei, Bulgarien, Burkina Faso, Burundi, Chile, Cookinseln, Costa Rica, Demokratische Republik Kongo, Dänemark, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Eritrea, Estland, Fidschi, Frankreich, Finnland, Gabun, Gambia, Ghana, Griechenland, Grenada, Großbritannien, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Heiliger Stuhl, Honduras, Indonesien, Irak, Irland, Island, Italien, Jamaica, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kanada, Kap-Verde, Katar, Kenia, Kiribati, Kolumbien, Komoren, Kroatien, Kuwait, Lettland, Lesotho, Liberia, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Madagaskar, Malaysia, Malawi, Malediven, Mali, Malta, Marshall Islands*, Mauritius, Mauretanien, Mazedonien, Mexico, Moldawien, Monaco, Montenegro, Mosambik, Namibia, Nauru, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Niger, Nigeria, Niue, Norwegen, Oman, Österreich, Osttimor, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Kongo, Ruanda, Rumänien, Salomonen, Sambia, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, Senegal, Serbien, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Slowakei, Slowenien, Somalia, Spanien, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, Südafrika, Sudan, Südsudan, Suriname, Swasiland, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechische Republik, Tunesien, Turkmenistan, Türkei, Tuvalu, Uganda, Ungarn, Ukraine, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Weißrussland, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

***die Marshall Islands** haben den Landminen-Verbots-Vertrag zwar unterschrieben, **jedoch noch nicht ratifiziert**

35 Nicht-Unterzeichnerstaaten (Stand November 2016)

Ägypten, Armenien, Aserbaidshan, Bahrain, China, Georgien, Indien, Iran, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, Kuba, Laos, Libanon, Libyen, Marokko, Mikronesien, Mongolei, Myanmar (Birma), Nepal, Nordkorea, Oman, Pakistan, Palästina, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Syrien, Tonga, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten von Amerika, Vietnam

Handicap International

1982 von zwei französischen Ärzten gegründet, die beim Einsatz in kambodschanischen Flüchtlingslagern den großen Bedarf an Rehabilitationsangeboten für Kriegsoffer erkannten

Heute Büros in Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweiz, Luxemburg, Großbritannien, Kanada, USA.

Als Hilfsorganisation für Menschen mit Behinderung in ca. 60 Ländern der Welt tätig. Aktivitäten mit Minenaktionsbereich:

- Opferhilfe (Orthopädiewerkstätten und Rehabilitationszentren; soziale Wiedereingliederung, Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderung)
- Minenräumung (z.B. Libyen, Libanon, Laos, Mosambik,...)
- Aufklärungsprogramme für die Bevölkerung zur Verhinderung von Unfällen

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (Friedensnobelpreis 1997)

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne gegen Streubomben (Cluster Munition Coalition CMC)

Die deutsche Sektion war, bis zu dessen Auflösung, aktives Mitglied im Aktionsbündnis Landmine.de und ist heute eine der wenigen Organisationen in Deutschland, die noch Kampagnenarbeit gegen Landminen machen.

2011 wurde Handicap International der Conrad N. Hilton Prize verliehen, die höchste Auszeichnung im humanitären Bereich.

Quellen: Untersuchungen von Handicap International in Einsatzländern,
Landmine Monitor: www.the-monitor.org, letzter Bericht Nov. 2016 (Faktenlage 2015)